

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Donnerstag

22. Mai 1924

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Herriot, Macdonald und —?

Der Fall Tirpitz.

Die Erklärungen, die der Führer der französischen Linken, Herr Herriot, gestern nach seiner Unterredung mit dem Präsidenten Millerand unserem in Paris weilenden Redaktionskollegen gab, sind ein Dokument von geschichtlicher Bedeutung. Herriot, der Bürgermeister von Lyon und kommende Ministerpräsident Frankreichs, ist in Deutschland kein Unbekannter. Lange vor dem Krieg zog seine sozialpolitische Tätigkeit als Verwalter einer großen Stadtgemeinde die Augen Europas auf sich und gewann ihm, dem Bürgerlichen, auch im Lager der Sozialisten Sympathien. Aber Herriot war kein unpolitischer „Oberbürgermeister“ von der Art, mit der wir in Deutschland überreich besetzt sind, sondern er verlor den Zusammenhang seiner städtischen Aufgaben mit den großen Problemen der Menschheit niemals aus dem Auge.

Etwa im Jahr 1912 begann die deutsche Sozialdemokratie unter der Initiative Ludwigs Franks eine besonders aktive Außenpolitik zu treiben, die sich nicht mehr mit bloßen Protesten begnügen wollte, sondern die darauf ausging, positive Wirkungen zu erzielen. Eine Verbesserung der Beziehungen zu England war von Bethmann angebahnt, aber sie konnte keine wirksame Friedensgarantie bieten, wenn es nicht gelang, das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich auf eine andere Grundlage zu stellen. Die französische Republik hatte sich in die Arme des zaristischen Rußlands geworfen, während das Deutsche Kaiserreich, auf Bündnisse mit Oesterreich und Italien gestützt, den Weg nach Bagdad verfolgte. Der dazwischen liegende Balkan glied sich einem Pulverfaß. Die Dinge entwickelten sich unvermeidlich zur Katastrophe, wenn nicht Frankreich und Deutschland einen gemeinsamen Boden fanden, von dem aus sie den europäischen Frieden verteidigen konnten und wollten.

Aus solchen Gedankengängen entstanden die Berner Konferenzen, deren Zweck es war, durch Zusammenkünfte zwischen französischen und deutschen Parlamentariern die Verständigung zwischen den beiden Völkern vorzubereiten. Sollte diese Aktion wirksam werden, so genügte es nicht, die Sozialisten beider Länder zusammenzubringen, was natürlich sehr leicht war, sondern es mußte versucht werden, auch die bürgerlichen Politiker von hiesigen und drüben miteinander in Verbindung zu bringen. Dies gelang auch, und daß es gelang, war zum großen Teil Herriots Verdienst.

Diesen segensreichen Bestrebungen donnerte die Weltgeschichte im Sommer des Unglücks 1914 ihr „Zu spät!“ entgegen. Die Katastrophe des Weltkriegs begrub die aussichtsreichen Ansätze einer deutsch-französischen Verständigung unter ihren Trümmern. Herriot, der an die Alleinschuld Deutschlands glaubte und vielleicht noch glaubt, erlitt die schmerzhafteste Enttäuschung seines Lebens, er wandte sich erbittert von Deutschland ab und sah seine Aufgabe nur noch in der Verteidigung seines Vaterlandes.

Jetzt hat Herriot als der kommende Mann Frankreichs einen Vertreter des deutschen sozialdemokratischen Zentralorgans sein außenpolitisches Programm entwickelt, und man erzählt daraus, daß er der Mann der deutsch-französischen Verständigung wieder geworden ist, dem vor zehn Jahren aus Deutschland eine Welle der Sympathie entgegenzuschlug.

Wir wissen wohl, daß in Deutschland die Meinungen über die Möglichkeiten einer deutsch-französischen Verständigung geteilt sind. Aber das wenigstens sollte jeder deutsche Politiker begreifen, daß einem Frankreich, das Deutschland die Hand zur Verständigung entgegenstreckt, die begeisterte Zustimmung der ganzen Welt sicher ist. Herriots Erklärung wird mit einem Schlag die moralische Isolierung beseitigen, in die Frankreich durch die Politik Poincarés geraten ist, und es wird sich in diesem Fall abermals erweisen, daß eine gut internationale Politik die beste nationale Politik der Welt ist.

Ob es Herriot gelingen wird, trotz aller fanatischen Widerstände auf beiden Seiten die Brücke über den Rhein zu schlagen, muß dahingestellt bleiben. Aber klar ist eins: mit seiner Erklärung schlägt er eine Brücke über den Kanal.

Macdonald und Herriot, das ist ein ganz anderes Zweigespann als Macdonald und Poincaré. Es ist ein Erfolg der englischen Arbeiterpartei, daß in Frankreich bei den Wahlen der große Umschwung eintrat, sie war es, die die große Initiative zum europäischen Frieden ergriff, und Frankreich war klug genug, ihr zu folgen. Frankreich war klug genug, einzusehen, daß auch die stärkste Militärmacht der Welt sich den Luxus der moralischen Isolierung auf die Dauer nicht leisten kann.

Aber Macdonald und Herriot, die englische Arbeiterpartei und die französische Linke können allein den europäischen Frieden nicht herstellen. Es fehlt ein Dritter im Spiel: Deutschland. Und so wendet sich die Aufmerksamkeit der

Welt der Frage zu, wem das tüchtige, aber wegen seiner politischen Klugheit nicht allzu berühmte deutsche Volk diesen beiden Staatsmännern als Mit- oder Gegenspieler gegenüberstellen wird.

Die Deutschnationalen, die vor einigen Wochen durch den Mund ihres Führers Hergt „das große Wunder“ einer deutschen Rechtsregierung verkündeten, haben jetzt ihre Antwort auf jene Frage gegeben. Sie wollen der englischen Arbeiterpartei und der französischen Linken den Bürgerblock, den Ministerpräsidenten Macdonald und Herriot einen Reichskanzler Tirpitz gegenüberstellen.

Der 75jährige kaiserliche Admiral, der jetzt als deutschnationaler Abgeordneter in den Reichstag einzieht, gehört sicher nicht zu den Dummsten, die auf der Rechten sitzen werden. Um so mehr muß man staunen, daß er nicht selbst politisches Urteil genug besessen hat, um vor dem parlamentarischen Kulissenpiel, das mit ihm getrieben worden ist, eindringlich zu warnen!

Macdonald, Herriot — Tirpitz! Drüben die neuen Männer und die neue Zeit, hiebei der alte Mann und die alte Zeit! Drüben die Demokraten, hiebei der kaiserliche Admiral! Drüben die Männer des Weltfriedens, hiebei der Mann des uferlosen Flottenbaus und der schonungslosen Torpedierung im Ubootkrieg!

Dummheit ist ein Geschenk Gottes, aber man darf von ihr keinen übermäßigen Gebrauch machen. Vielleicht wird eine spätere Zeit darüber staunen, daß Deutschland an dem Maß des politischen Unverständnisses, das es an den Tag legte, nicht noch mehr zugrundegegangen ist, als dies bis dahin leider der Fall war. Aber schließlich gibt es doch Grenzen!

Man sucht in dem Vorgehen der Deutschnationalen einen Grund, um es zu verurteilen. Man kann ihn nur darin finden, daß die „Stegreife“ Partei aus den Verlegenheiten, die sie sich selber bereitet, einen Ausweg suchte, und daß sie bewußt den unmöglichsten Kanzlerkandidaten präsentiert, um sich mit dem Anstand, den sie hat, aus der Affäre zu ziehen. Trifft aber diese Erklärung nicht zu, sondern war es die Absicht der Deutschnationalen, nicht die Mittelparteien durch einen unmöglichen Vorschlag, sondern die ganze Welt mit einer unmöglichen Reichskanzlerschaft des Herrn v. Tirpitz zu beschaffen, dann muß man schon sagen: Vor so viel außenpolitischem Verstand allerhand Achtung!

Herriot, Macdonald und —? Der Gedankenstrich dehnt sich, das Fragezeichen trümmert sich. Der Zwischenfall Tirpitz ist wohl — oder nicht? — endgültig erledigt. Und was kommt nun?

Die Deutschnationalen und Frankreich.

Verständigungsführer in Paris.

Genosse Breitscheid, der augenblicklich in Paris weilt, veröffentlicht in der „Blode“ einen Artikel über „Das andere Frankreich“. In diesem Artikel stellt er fest:

„Dabei ist es interessant und belustigend zugleich, daß die Deutschnationalen hier Führer austreten. Es gibt hier jemanden, der, offenbar im offiziellen Auftrag dieser Partei, versichert, man sei zu einer Verständigung mit Frankreich bereit. Soweit ich höre, begegnet man diesem Abgeordneten nicht gerade mit Vertrauen, und man hat ihn insbesondere wissen lassen, daß man einer nationalstiftlich durchgeführten Regierung besonders in der Frage der Militärkontrolle sehr viel schärfer noch auf die Finger sehen werde, als irgendeiner andern.“

Die große Unehrlichkeit der deutschnationalen Politik der Deutschnationalen enthüllt sich immer mehr. Um nun an die Macht gelangen zu können und sich dort behaupten zu können, unternehmen sie unbedenklich Schritte, die sie anderen Parteien als Verrat und Würdelosigkeit vorwerfen würden.

Besprechungen der Mittelparteien.

Um ein sachliches Programm.

Im Reichstag war in den Vormittagsstunden eine neue Zusammenkunft der Parteiführer noch nicht wieder einbart worden. Zunächst werden die Parteivorstände der einzelnen Mittelparteien unter sich das weitere Vorgehen beraten. Aus Kreisen der Mittelparteien wurde die Meinung ausgesprochen, daß die Verhandlungen mit den Deutschnationalen schon um deswillen scheitern müßten, weil man nicht über den Kopf des Reichspräsidenten hinweg an die Lösung der Personenfrage herantreten dürfe, zumal wenn nicht ein bestimmtes Programm vorläge. Aufgabe der Mittelparteien werde es jetzt sein, über ein sachliches Programm ins Reine zu kommen. Bis diese Frage gelöst sein wird, könne auch das jetzige Kabinett nicht daran denken, seinen Rücktritt zu erklären.

Am 12 Uhr trat der Vorstand der Zentrumspartei zusammen.

Für heute nachmittag ist nur die Zentrumsfraktion einberufen worden. Doch hält Reichskanzler Marx Besprechungen mit den anderen Führern der Mittelparteien ab. Am Sonnabend tritt die Nationalsozialistische Freiheitspartei zusammen. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der

Demokraten und der Bayerischen Volkspartei versammeln sich am Montag. Die Fraktionen der Kommunisten und der Wirtschaftspartei erst am Dienstag.

Man nimmt in parlamentarischen Kreisen der Mitte an, daß im gegenwärtigen Augenblick keine Regierungsbildung erfolgen wird, sondern daß das Kabinett Marx vor den neuen Reichstag treten, dort sein Programm entwickeln und das Reichstagsplenum dann entscheiden lassen wird.

Das rheinische Zentrum für die bisherige Außenpolitik.

Köln, 22. Mai. (Rrh.) Gestern fand hier eine Konferenz der Vertreter der rheinischen Zentrumsfraktion und der Vertreter der Zentrumsfraktion der Reichspresse statt. Am Schluß der Konferenz wurde folgende Willensäußerung an den Reichskanzler gerichtet:

„Die außerordentliche Parteikonferenz des rheinischen Zentrums, von Vertrauensleuten und Vertretern der Zentrumsfraktion der Reichspresse sehr zahlreich besucht, gibt der Besorgnis Ausdruck, daß der Regierungskurs der letzten Monate gefährdet ist. Die Wählerchaft des rheinischen Zentrums erwartet, daß die Zentrumsfraktion die Stützungsaktion, die Politik der Mitte und besonders die bisherige Außenpolitik beibehält und für seine Politik eine Mehrheit sucht. Das besetzte Gebiet steht in dieser Politik die einzige Möglichkeit zur Rückkehr der Gefangenen und Ausgewiesenen, zur Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen und politischen Freiheit, zur Wahrung der Einheit des Reichs und zur Erhaltung unserer Währung. Die rheinische Bevölkerung erwartet von allen Parteien, daß sie bei ihren Entscheidungen eingedenk bleiben der großen Verantwortung für das Schicksal von Reich, Volk und besetztes Gebiet. Die rheinische Bevölkerung muß auf Grund ihrer Opfer verlangen, daß ihre Stimme gehört wird.“

Nach dem Scheitern der Verhandlungen.

Die Presse zum Fall Tirpitz.

Nachdem die Deutschnationalen sich von den Verhandlungen zurückgezogen haben, hält die Presse der Mittelparteien nicht mehr zurück. Sie bestärkt die Darstellung über den Gang der Verhandlungen, die wir bereits gegeben haben. Die ganze Richtigkeit des Verhaltens der Deutschnationalen geht daraus hervor. Das „Berliner Tageblatt“ stellt fest, daß an der Darstellung der „Deutschen Tageszeitung“ von gestern kein Wort wahr sei, und berichtet:

„Während die Mittelparteien bereit waren, mit den Deutschnationalen über die sachlichen Grundlagen der künftigen Politik zu verhandeln, erklärten die Deutschnationalen, es habe keinen Zweck, daß die Parteien in eine sachliche Besprechung einträten. Sie stellten vielmehr den Antrag, eine gemeinsame Entschließung dahin zu fassen, daß als voraussichtlicher Reichskanzler der Großadmiral v. Tirpitz in Betracht komme. Man solle dann Tirpitz auffordern, die Richtlinien seiner künftigen Politik vor den Parteien zu entwickeln. Es sei zweckmäßiger, mit ihm zu verhandeln, als sachliche Verhandlungen unter den Parteien zu betreiben. Dieser Antrag der Deutschnationalen wurde von den Mittelparteien abgelehnt. Von einer Seite wurden persönliche Bedenken gegen den vorgeschlagenen Kanzlerkandidaten geltend gemacht. Von anderer Seite wurde mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die vorgeschlagene Verfahrensart völlig unmöglich und untragbar sei. Man greife damit der Entscheidung des Reichspräsidenten vor, dem verfassungsgemäß allein die Ernennung des Kanzlers obliegt. Man begehe auch einen Treubruch gegen den derzeitigen Kanzler Dr. Marx, der das volle Vertrauen der Mittelparteien habe, wenn man sich hinter seinem Rücken über einen anderen Kanzler einigt. Die Deutschnationalen beharrten bei ihrem Antrag. Zu einer Verhandlung über die sachliche Plattform, die die Mittelparteien vorbereitet haben, kam es infolgedessen gar nicht. Vielmehr wurden die Besprechungen zunächst nach zweifelhafte Verhandlung abgebrochen und auf heute vormittag verlegt.“

Das „Berl. Tagebl.“ stellt fest, daß die Verhandlungen durch die Schuld der Deutschnationalen gescheitert seien.

Die „Vossische Zeitung“ fordert energisch eine Initiative der Mittelparteien.

„Mit dieser intransigenten Haltung der Deutschnationalen Volkspartei hatte man in gutunterrichteten parlamentarischen Kreisen eigentlich von vornherein gerechnet. Sie bildete gestern im Reichstago keine Ueberraschung. Damit ist die Initiative der Deutschnationalen erschöpft. Das Wort „vorläufig“ wird man als mehr denn eine Redensart bewerten müssen, nachdem sich die deutschnationale Fraktion einmal auf einen anderen Standpunkt festgelegt haben wird. Es wird Sache der Mittelparteien sein, ihrerseits wieder die Initiative aufzunehmen, mit ihrem außenpolitischen Programm hervorzutreten und nun an die anderen Parteien die Einladung zu richten, auf Grund dieses Programms in Verhandlungen über die Regierungsbildung einzutreten. Ein derartiger Schritt der Mittelparteien ist wohl in kürzester Frist auch zu erwarten.“

Die „Germania“ beschränkt sich darauf, die in später Abendstunde erschienene Mitteilung der Deutschnationalen unter der Überschrift „Fechterlünste“ abzudrucken. Sie grenzt sich jedoch in einem Leitartikel sehr scharf gegen den sogenannten Nationalismus der Rechten ab:

„Wir ermaßen die volle Bedeutung dieses Problems, wenn wir sagen, zwischen uns, dem Zentrum als der christlichen Volks-

